



Bundestagswahl in Deutschland

Bundestagswahl in Deutschland

am 24. September 2017

Wahlanalyse

Vorläufiges Ergebnis

Viola Neu/Sabine Pokorny

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu/Dr. Sabine Pokorny

Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
viola.neu@kas.de/sabine.pokorny@kas.de

Thomas Köhler

Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
thomas.koehler@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Bundestagswahl¹ in Deutschland 2017

Das Resultat der Bundestagswahl 2017 ist ambivalent. Beide Volksparteien verlieren an Unterstützung. Von den kleinen Parteien können FDP und AfD mobilisieren, während bei den Grünen und der Linken kaum Veränderungen sichtbar sind. Die Union schneidet am besten ab, stellt damit die größte Fraktion und hat den Auftrag eine Regierung zu bilden, nach 12 Jahren Regierungszeit keine Selbstverständlichkeit. Rechnerisch und politisch sind zwei Optionen denkbar: eine Große Koalition und eine sogenannte Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen, wie sie derzeit in Schleswig-Holstein regiert.

Auch wenn die Union das zweitschlechteste Wahlergebnis seit 1949 erzielt hat und die SPD das schlechteste Wahlergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte, so ist der Vergleich mit der frühen Bundesrepublik höchstens aus zeitgeschichtlicher Perspektive sinnvoll.

Das Bundestagswahlergebnis von 2017 zeigt eine strukturelle Ähnlichkeit mit dem Wahlausgang von 2009 auf. Am Ende der Großen Koalition 2009 mussten die Volksparteien bereits deutliche Verluste sowie ein historisch schlechtes Abschneiden hinnehmen. Auch bei dieser Wahl profitierten davon die „kleineren Parteien“. So konnten FDP, Grüne und Linke ihre historisch besten Wahlergebnisse verzeichnen. Auch die sonstigen Parteien schnitten überdurchschnittlich gut ab.²

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut. Abweichungen der Daten zum vorläufigen Wahlergebnis ergeben sich durch finale Recherche.

² 2009 konnten die Piraten 2 Prozent und die NPD 1,5 Prozent erzielen.

Bei der Bundestagswahl 2013 gab es einen massiven Umschwung, von dem vor allem die Unionsparteien mit einem überdurchschnittlich guten Wahlergebnis von 41,5 Prozent profitierten. Verlierer waren die kleinen Parteien – und hier vor allem die FDP, die den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte. Doch war die AfD schon bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent nur knapp am Einzug in das Parlament gescheitert.

In Deutschland gab es zwar gelegentlich einen Wahlerfolg einer neuen Partei unterschiedlicher Herkunft und Ausrichtung, doch ist es in der Bundesrepublik nur mit den Grünen und der Linken zwei Parteien gelungen, sich nach der ersten Etablierungsphase des Parteiensystems zu verankern.

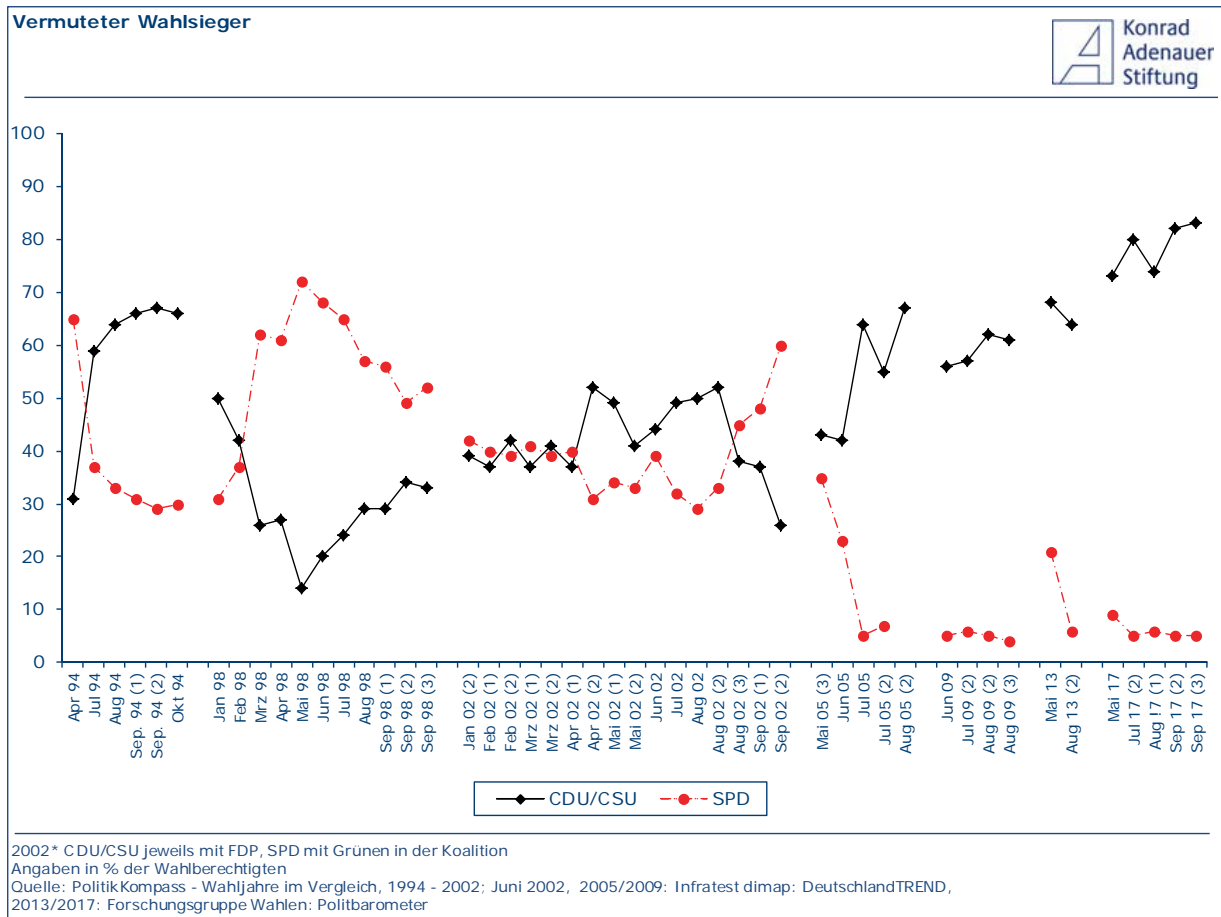
Seit den 1960er Jahren scheiterte keine der „sonstigen“ Parteien³ bei einer Bundestagswahl so knapp an der Fünf-Prozent-Hürde wie die AfD 2013. Mit 4,7 Prozent der Zweitstimmen lag die AfD gerade einmal 0,1 Punkte hinter der FDP. Dem Wahlerfolg 2017 geht jedoch ein langjähriger Trend voraus. Seit Jahrzehnten haben sich die Bedingungen für kleine Parteien kontinuierlich verbessert, da immer mehr Wähler bereit sind, den sogenannten „sonstigen“ Parteien ihre Stimme zu geben. Diese Entwicklung setzte bereits in den 90er Jahren ein. In Hamburg erhielten die sonstigen Parteien bereits 1993 und 1997 über 16 Prozent der abgegebenen Stimmen, 1991 blieben in Bremen knapp 10 Prozent der Stimmen bei den kleinen Parteien und bei der Europawahl 1994 votierten gut 10 Prozent für die Parteien außerhalb des Parlaments. In den 90er Jahren gelang es einigen kleinen Parteien in Parlamente einzuziehen, genau genommen waren es zuerst 1989 die Republikaner, die mit 7,5 Prozent in das Berliner Abgeordnetenhaus einzogen. Seit dieser Zeit gelang es - neben den Republikanern – der Statt-Partei, der Schill-Partei, der DVU, der NPD, der Partei Arbeit für Bremen und Bremerhaven, den Freien Wählern und der Piratenpartei auf Landesebene zu reüssieren.

³ Die NPD erhielt bei der Bundestagswahl 1969 4,3 Prozent.

Langfristig konnte sich keine dieser Parteien etablieren, auch wenn manchen zweimal der Einzug in das jeweilige Parlament in Folge glückte. Bei den Landtagswahlen konnte die AfD in alle Landesparlamente einziehen mit zum Teil beachtlichen Resultaten wie in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern.

Mit dem Einzug der AfD ist es zum ersten Mal einer Partei, die am rechten Rand des Parteiensystems lokalisiert wird, gelungen, in den Bundestag einzuziehen. Ob es damit zu einer „Zäsur“ kommt, bleibt abzuwarten. Auf der Länderebene ist der Einzug von nicht etablierten Parteien mehrfach gelungen, doch blieb der langfristige Erfolg und eine dauerhafte Verankerung im Parteiensystem aus. Heute sind die Zukunftsperspektiven der Partei unmöglich zu kalkulieren. Die tiefe innere Spaltung der AfD zeigt sich bereits am Tag nach der Wahl. Die mit einem Direktmandat ausgestattete Parteivorsitzende Frauke Petry hat mitgeteilt, nicht der AfD-Fraktion angehören zu wollen.

Obwohl die Union von der Bewertung der Bundeskanzlerin bis hin zu den politischen Kompetenzen und der Zufriedenheit mit der Regierung, Koalitionspräferenzen, der Einschätzung der allgemeinen und wirtschaftlichen Lage und den objektiven Bilanzdaten in allen Bereichen ausgesprochen positiv bewertet wird, verliert sie deutlich an Unterstützung. Eine Ursache liegt in der festen Überzeugung der Wähler, dass der Wahlsieger bereits feststehe. Seit 1994 gab es noch nie ein vergleichbar hohes Niveau der Sicherheit. 82 Prozent waren unmittelbar vor der Wahl sicher, die Union und Angela Merkel würden gewinnen. Gerade einmal fünf Prozent erwarteten, dass die SPD und Schulz gewinnen würde (Forschungsgruppe Wahlen). Die Siegeserwartungen haben somit große Auswirkungen auf das Endergebnis. Mit dem Gefühl ausgestattet, das Rennen sei gelaufen und es ginge um nichts mehr, haben sich Wähler der Union und der SPD anders entschieden.



Obwohl die Medien den Wahlkampf als langweilig klassifizierten, gab es im Laufe des Jahres bemerkenswerte Veränderungen in der politischen Stimmung, welche in diesem Umfang bislang noch nicht gemessen wurden. Nach der Nominierung von Martin Schulz im Januar 2017 und der Wahl zum Parteivorsitzenden im März 2017 kam es zu einem außergewöhnlich großen Aufschwung der SPD und ihres Spitzenkandidaten. Partei und Kandidat konnten in der Sonntagsfrage als auch in der Frage nach der Direktwahl des Bundeskanzlers die CDU/CSU und Angela Merkel überflügeln. So kam Schulz von einer Ausgangslage von 36 Prozent in der Frage nach der Direktwahl des Bundeskanzlers im Frühjahr auf 50 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Unterstützung für Angela Merkel auf 34 Prozent. Doch büßte der Spitzenkandidat der SPD von Monat zu Monat an Unterstützung ein, während die Bundeskanzlerin stetig an Zustimmung gewann. Am Ende des Wahlkampfes liegt die Amtsinhaberin mit ca. 20 Punkten vor dem Herausforderer (Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen).

Auch in allen anderen Referenzwerten zeigt sich ein deutlicher Vorsprung bei Images und Kompetenzen. Der Kanzlerin wird mit großer Mehrheit zugetraut, Deutschland in weltweit unsicheren Zeiten führen zu können, ihr wird deutlich mehr Sachverstand zugesprochen und sie gilt als sympathisch und glaubwürdig. Lediglich in der Frage der sozialen Gerechtigkeit kann der Herausforderer (allerdings auf niedrigem Niveau) punkten (Forschungsgruppe Wahlen). Nach den Daten von Infratest dimap gilt Schulz gegenüber Merkel lediglich als bürgernäher. 72 Prozent der Wahlberechtigten sind der Ansicht, Angela Merkel mache ihre Sache als Bundeskanzlerin gut. Außer der Anhängerschaft der AfD bewerten alle anderen Anhängerschaften ihre Arbeit positiv.

Dem Herausforderer gelingt es während der Kampagne nicht, den Eindruck zu erwecken, er würde als Bundeskanzler seine Sache besser machen. Hier sagen nur 18 Prozent der Befragten, dass er dazu in der Lage sei. Auch ist gerade einmal gut die Hälfte der Anhänger der SPD und nur 32 Prozent aller Befragten der Ansicht, Martin Schulz sei hilfreich für das Abschneiden der SPD. Im Kontrast hierzu stehen die Werte der Bundeskanzlerin, deren Person von 90 Prozent der Unions-Anhänger und 70 Prozent aller Befragten als hilfreich bewertet wurde (Forschungsgruppe Wahlen). In der Anhängerschaft der Union sprechen sich 95 Prozent für Angela Merkel aus (bei bayerischen CSU-Wählern liegt der Anteil bei 91 Prozent). Auch in den Anhängerschaften der FDP (85 Prozent) und der Grünen (62 Prozent) findet sie mehrheitliche Unterstützung (Infratest dimap). Die SPD konnte so nicht von ihrem Spitzenkandidaten profitieren.

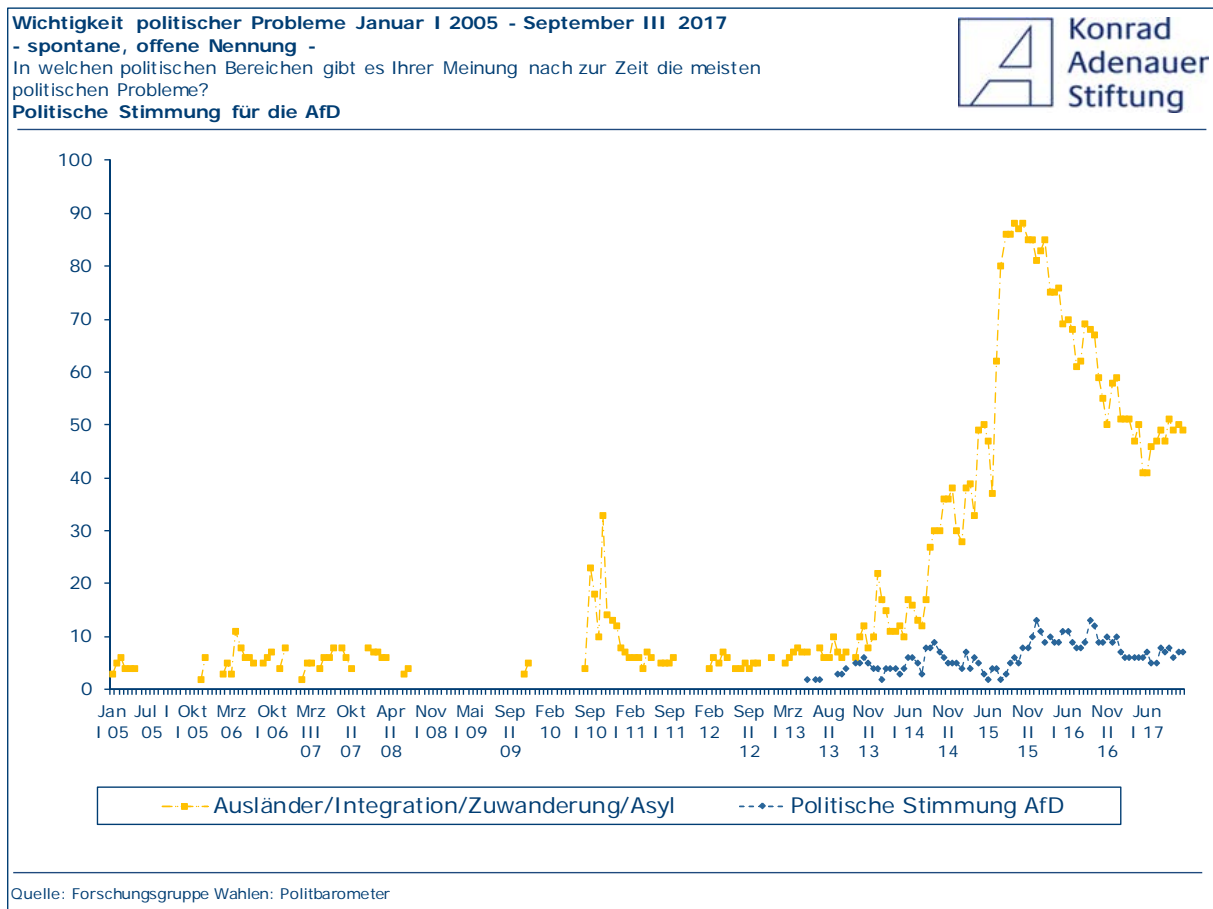
Die Union hat zudem eine klare Kompetenzführerschaft in der Lösung politischer Probleme. Je nach Fragestellung der Institute weichen die Ergebnisse im Detail voneinander ab, doch deuten sie in eine gleiche Richtung: Wirtschaft, Terrorismus, Innere Sicherheit, Flüchtlinge/Einwanderung, Außenpolitik, Arbeitsplätze, Steuern oder

Bildung sind Themen, bei der der Union die Lösung der Probleme zugetraut wird.

Die SPD punktet bei der sozialen Gerechtigkeit und den Feldern Familienpolitik, angemessene Löhne sowie Pflegequalität. Die FDP weist Kompetenzen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik auf, die Grünen in der Umweltpolitik. Die Linke hat wie die SPD Kompetenzen in der Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Lohnpolitik. Gemessen am Wähleranteil ist das Kompetenzprofil der AfD schwach ausgeprägt. In sehr geringem Umfang (unter 10 Prozent) wird ihre Kompetenz im Bereich Innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik verortet (Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap). Vor dem Hintergrund der guten positiven Ausgangslage (84 Prozent beurteilen die wirtschaftliche Lage positiv; Infratest dimap) erklärt sich, warum die Sozialdemokratie mit dem Thema soziale Gerechtigkeit nicht punkten konnte. Selbst in der eigenen Anhängerschaft sagen 56 Prozent, es gehe in Deutschland eher gerecht zu. Nur eine Minderheit von 16 Prozent (18 Prozent der SPD-Anhänger) fühlt sich eher benachteiligt. Lediglich bei der Verteilung des Wohlstandes erkennen die Befragten Defizite. So sind nur 19 Prozent der Ansicht, der Wohlstand sei gerecht verteilt (wobei nicht ganz klar ist, was „Wohlstand“ hier misst; Infratest dimap). Mit dem Wahlkampfschwerpunkt soziale Gerechtigkeit trifft die SPD weder die Einstellungen der Bürger noch ihrer eigenen Anhängerschaft.

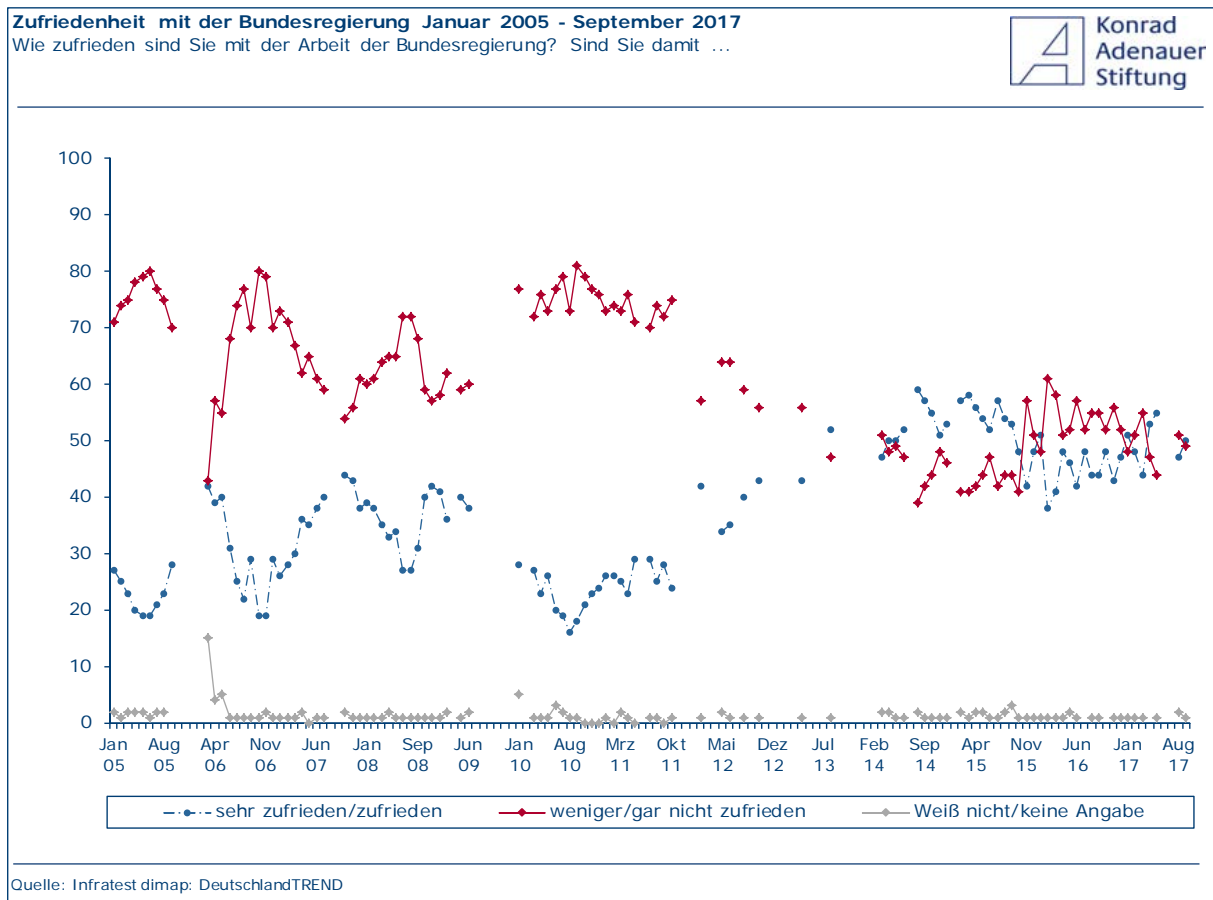
Bei der Flüchtlingspolitik zeigen sich am Ende des Wahlkampfes Ambivalenzen. Zum einen ist ihre Bedeutung am Ende des Wahlkampfes gestiegen. Zum anderen polarisiert das Thema innerhalb der Anhängerschaften der Parteien deutlich. Eine eher gute Bewertung der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel zeigt sich in den Daten der Forschungsgruppe Wahlen. So sagen auch 59 Prozent, dass Deutschland die vielen Flüchtlinge verkraften könne. Mit einer anderen Fragestellung ändert sich hingegen die Bewertung. Bei Infratest dimap sind 45 Prozent

mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik Angela Merkels zufrieden. Davon 78 Prozent der Grünen- und 66 Prozent der Unions-Anhänger. Doch sind 100 Prozent der AfD-Anhänger und 64 Prozent der FDP- und 62 Prozent der Linken-Anhänger unzufrieden, wenn auch vermutlich in den Anhängerschaften der Parteien unterschiedliche Beweggründe die Unzufriedenheit motivieren (Infratest dimap).



Bei der Frage nach der Leistungsbilanz der Bundesregierung schneidet die Große Koalition im Vergleich zu früheren Legislaturperioden gut ab. Dominierte in der Vergangenheit häufig die Unzufriedenheit mit der Regierung, ist bei dieser Wahl der Anteil der Zufriedenen und Unzufriedenen etwa gleich auf (Infratest dimap). Auch in der Bewertung der Leistung der Parteien in der Regierung liegen sie mit 1,0 (Union) und 0,9 (SPD) auf gleichem Niveau. In der Bewertung der Arbeit der Parteien

außerhalb der Regierung hat die Union mit 1,7 gegenüber der SPD mit 1,3 einen Vorsprung (Forschungsgruppe Wahlen, Skala von +5 bis -5).



Im Parteiensystem hat sich bereits seit 2013 eine Polarisierung innerhalb der Wählerlandschaft entwickelt. Die AfD-Anhänger bilden in allen Einstellungsvariablen gegenüber den Anhängern aller anderen Parteien – und im besonderen Maße gegenüber der Anhängerschaft der Union – den Antipoden. Die AfD-Anhänger bilden in ihrer Grundstimmung eine abgegrenzte Gruppe: Sie fühlen sich mehrheitlich von Kriminalität bedroht (71 Prozent AfD, alle: 39 Prozent) und sie sagen, sie hätten wegen der Flüchtlinge Nachteile (39 Prozent AfD, alle: 12 Prozent); (Forschungsgruppe Wahlen). 68 Prozent sind der Ansicht, dass es in Deutschland eher ungerecht zugehe (alle: 38 Prozent) und 42 Prozent fühlen sich benachteiligt (alle: 16 Prozent) und sie plädieren besonders stark für nationale Grenzen (AfD: 85 Prozent; alle: 27 Prozent). Sie machen sich Sorgen, dass die Gesellschaft immer weiter

auseinanderdriftet, die Kriminalität zunimmt, über den Einfluss des Islams und den Verlust deutscher Kultur und Sprache sowie die Lebensweise. Hier stimmen jeweils mehr als 90 Prozent der AfD-Anhänger zu. Gleichmaßen sind sie wie keine andere Wählerschaft mit der Demokratie unzufrieden (80 Prozent AfD; alle 30 Prozent) (Infratest dimap).

In der Frage nach der bevorzugten Koalition zeigen sich die Wahlberechtigten offen. Jeweils 40 Prozent bewerten eine Große Koalition oder eine schwarz-gelbe-Koalition positiv; weitere 33 Prozent Schwarz-Grün und 30 Prozent eine Jamaika-Koalition. Von den Unions-Anhängern bewerten 55 Prozent eine Große Koalition positiv und 45 Prozent eine Jamaika-Koalition. Von den Anhängern der Grünen sagen 49 Prozent eine Jamaika-Koalition sei gut und 60 Prozent der FDP-Anhänger stimmen hier überein. Bei den SPD-Anhängern ist die Große Koalition nach wie vor mehrheitsfähig. 51 Prozent bewerten diese Option positiv. Auch bei einem sehr schlechten SPD-Ergebnis sprechen sich 50 Prozent der SPD-Anhänger für eine Große Koalition aus und 45 Prozent für die Opposition (Forschungsgruppe Wahlen).

In vielen Parteien wird die Frage nach Kurskorrekturen debattiert werden. Nach der Messung der Forschungsgruppe Wahlen plädieren 76 Prozent der Anhänger der Grünen für eine stärkere Öffnung der Partei gegenüber der Union. Eine stärkere Betonung linker Positionen halten 36 Prozent der SPD-Anhänger für den richtigen Weg, 18 Prozent sprechen sich für weniger linke Positionen aus und für 38 Prozent besteht keine Notwendigkeit der Änderung. Von den Anhängern der Union sprechen sich 27 Prozent für mehr traditionell-konservative Inhalte aus, 23 Prozent für weniger und 45 Prozent sehen keinen Änderungsbedarf (Forschungsgruppe Wahlen).

Die gestiegene Wahlbeteiligung auf 76,2 Prozent (+4,6 Punkte) hat allen Parteien genutzt. Die AfD (+1,2 Millionen Stimmen) und die FDP (+700 Tsd.) können die meisten Nichtwähler für sich gewinnen.

Alle Parteien hatten sich voneinander unabhängig entschieden, keinen Koalitionswahlkampf zu führen. Dennoch haben Koalitionserwartungen das Wahlverhalten in einigen Wählergruppen mitbestimmt. So nennen 39 Prozent der FDP und 26 Prozent der Grünen-Wähler koalitionstaktische Motive (Infratest dimap).

Bei der Bewertung aller Parteien fällt auf, dass sich sowohl Linke, Grüne als auch FDP verbessern konnten. Die FDP kommt von -0,9 auf einen Wert von +0,7 und verbessert sich damit von allen Parteien am stärksten. Getragen wird dies auch durch eine positive Wahrnehmung ihres Spitzenkandidaten, Christian Lindner, der insgesamt auf 1,0 und in der eigenen Anhängerschaft auf 3,3 kommt. Die Linke wird zwar noch im negativen Bereich verortet, holt aber auf. Von -1,4 verbessert sie sich auf -0,4, kann aber von der Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht außerhalb der eigenen Klientel kaum profitieren (alle: 0,2; Anhänger der Linken: 3,0). Die Grünen verbessern sich gegenüber 2013 nur um 0,2 Punkte auf 0,5. Cem Özdemir wird mit einem Wert von 0,9 jedoch von allen vergleichbar gut bewertet wie Martin Schulz (1,0) und Christian Lindner. In der eigenen Anhängerschaft ist sein Rückhalt hingegen etwas schwächer als bei den anderen Spitzenkandidaten (2,7). Trotz des guten Abschneidens wird die AfD von allen Wählern deutlich kritischer bewertet als 2013. Während sie 2013 auf -1,4 kam, liegt sie 2017 bei -2,8. Hierin drückt sich die neue Polarisierung im Parteiensystem aus.

Neben koalitionstaktischen Erwägungen kann die FDP somit von der Personalisierung und den Imagekorrekturen im Wahlkampf profitieren.

Vor dem Hintergrund einer guten Leistungsbilanz der Bundesregierung, einem großen Ausmaß an wirtschaftlicher Sicherheit und Stabilität, erscheinen die Verschiebungen im Parteiensystem den Menschen relativ risikolos. Man kann es sich quasi leisten, Protest zu wählen.

Die Wahl der AfD kann erneut als Protestwahl bezeichnet werden. Wie bei allen anderen Wahlen auch, wird sie überwiegend von Wählern unterstützt, die von einer anderen Partei enttäuscht sind. So sagen 61 Prozent, sie hätten die Partei aus Enttäuschung gewählt (Infratest dimap). Auch die Spitzenkandidaten spielen für die Wahlentscheidung keine Rolle. Doch ist die Wahlentscheidung zugunsten der AfD bei etwa der Hälfte schon länger gefallen. Die andere Hälfte hat sich kurzfristig entschieden. Diese Zahlen spiegeln sich auch in der Sonntagsfrage wider. Bereits 2016 hatte die AfD die höchste Zustimmung erreicht und sank seither – parallel mit der sinkenden Bedeutung der Flüchtlingsfrage – in Umfragen immer weiter ab, bis sie im Frühjahr 2017 kurz vor der Fünf-Prozent-Hürde gelandet war. Doch durch die mediale Berichterstattung stieg zum einen das Thema Flüchtlinge in der Relevanz wieder an, zum anderen wurde der AfD eine breite mediale Aufmerksamkeit zuteil.

Nach dem eigenen AfD-Strategiepapier, das darauf setzt, dass skandalisierende Äußerungen, welche die „political correctness“ durchbrechen, die größte Chance haben, in den Medien berichtet zu werden, kann man davon sprechen, dass die AfD-Strategie sich in den Medien niedergeschlagen hat. Zudem hat die AfD in den sozialen Medien bereits lange vor dem Wahlkampf, aber dort nochmals verstärkt, negative Campaigning unter dem Claim „Merkel muss weg“ betrieben. Diese Haltung ist nicht nur online innerhalb sozialer Medien sichtbar; sie wurde auch offline auf die Marktplätze getragen, indem die Wahlkampfveranstaltungen der Bundeskanzlerin massiv gestört wurden.

Wie auch bei anderen Wahlen kommt die Wählerschaft der AfD aus allen politischen Lagern. Zudem mobilisiert sie erneut einen großen Anteil an Nichtwählern. Dass diese Wählerschaft nicht nach parteiideologischen Mustern zu verankern ist, liegt auf der Hand, wenn gleichermaßen ehemalige Wähler der Union, der SPD, der Linken oder der Piraten für die AfD votieren. So hat z.B. die Linke – gemessen an ihrer Größe in den neuen Ländern – proportional die meisten Wähler an die AfD verloren. Auch dies kein neues Phänomen. Protestwähler sind in der Regel politisch heimatlos.

Geht man von den quantitativen Daten weg, zeigt sich in qualitativen Untersuchungen eine spezifische Einstellungsstruktur. So wurden in einer qualitativen Befragung AfD-affine Wahlberechtigte in Tiefeninterviews und Fokusgruppen befragt. Zusätzlich wurden mit der Methode des Social Listening sowohl soziale Medien als auch klassische Medien in ihren Kommentarspalten untersucht.

Die Gefragten lassen sich auf (fast) keinen gemeinsamen Nenner bringen. Sie sind eine äußerst heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Wegen und Begründungen, warum sie sich der AfD genähert haben. Auch sozialstrukturelle Muster ergeben sich nicht. Monokausale Erklärungen, wer, warum die AfD unterstützt, greifen daher zu kurz. Die Partei wird als Projektionsfläche sehr unterschiedlicher Wünsche, Bedürfnisse und Themen wahrgenommen.

Dennoch gibt es jenseits der Heterogenität auch Gemeinsamkeiten, die sich eher in einer Grundstimmung ausdrücken. Die Befragten hatten häufig das Gefühl, dass sie nicht „gehört“ würden, was sich sowohl auf Eliten als auch auf die eigene Situation bezieht, da sich viele in ihrer Meinung stigmatisiert und entfremdet wahrnehmen. Gleichermäßen – auch wenn viele Diskussionsbeiträge eher das Gegenteil bestätigen – wird

eine Abgrenzung nach „rechts“ vorgenommen. Eines der klassischen Erzählmuster ist, dass die „eigentliche“ Meinung DES Volkes unterdrückt würde und man „das wohl noch sagen dürfe“. Hier erscheint der Hauptgegner die als Unterdrückungsinstrument verstandene „Political Correctness“.

Auch verschwörungstheoretische Argumentationen sind weit verbreitet, ohne dass es eine Verschwörung gibt, die alle teilen. Vieles wird nur ohne Konkretisierung „angedeutet“, läuft aber am Ende darauf hinaus, über exklusives Wissen zu verfügen. Gleichermaßen kursieren viele „Fake-News“. Häufig wird die Realität ausgekoppelt oder verdrängt und durch „alternative“ Erzählungen ersetzt, welche zwar ins eigene Weltbild passen, aber einer Überprüfung nicht Stand halten. Gegenüber Argumenten, die eine andere Meinung vertreten, zeigt sich eine gewisse Geschlossenheit. Die Befragten suchen zwar nach Orientierung, allerdings eher ohne Kompass.

Am ehesten lassen sich die Befragten über ihre Gefühlslagen zusammenfassen. Die eigene Situation ist zwar eher unproblematisch, doch wird sie in Beziehung zu anderen gesetzt und dann wird eine Verschlechterung erwartet. Die erwartete Verschlechterung wird zum Teil generalisiert, wenn etwa auf allgemeine Entwicklungen wie Globalisierung verwiesen wird. Zum Teil wird sie auch konkretisiert, wenn z.B. durch die Zuwanderung eine potentielle Verschlechterung der Zukunftsaussichten oder der eigenen wirtschaftlichen Lage erwartet wird. Während das Meinungsklima in repräsentativen Umfragen eher von Zuversicht, Vertrauen und Zufriedenheit geprägt ist, unterscheiden sich die Befragten hier deutlich. Auch dies wird in repräsentativen Studien sichtbar, in denen die AfD-Anhänger zu allen anderen Anhängerschaften als Antipoden auftreten. Bei den hier Befragten wird Angst (auch vor Überfremdung), Verunsicherung, Kontrollverlust mit dem Gefühl gekoppelt „alles wird

schlechter“. Daher kommen bei der Analyse Zweifel auf, inwieweit themenbezogene Politik hier ansetzen kann, in einer Zeit, in der Deutschland auch nach objektiver Betrachtung und im Vergleich zu anderen Ländern eine Phase der Stabilität und Prosperität erlebt. Alles auf den Anlass „Flüchtlingskrise“ zurückzuführen scheint die Kausalitäten umzukehren. Vielleicht war die Flüchtlingskrise der „Trigger“, der die Grundhaltungen sichtbar machte, zusätzlich mobilisierte und einen politischen Arm fand, aber vermutlich hat sich die psychische Stimmung bereits vorher latent manifestiert und ist ein Resultat langfristig aufgetauter vielfältiger Frustrationen. Sehr weit verbreitet in der Motivation, die AfD zu unterstützen, sind Denkmotive.

Die AfD-Anhänger unterscheiden sich in ihrer Einstellungsstruktur von den Wählern anderer Parteien. Sie kommen aus allen parteipolitischen Richtungen. Sie unterstützen die AfD in der Erwartung, die anderen Parteien würden dann reagieren und sie dann ernst nehmen. Man könnte von einer „um zu“-Wahlmotivation sprechen: Man wählt eine Partei, um zu erreichen, dass andere etwas tun.

2. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl in Deutschland 2017

Der lange Zeit postulierte Negativtrend der Wahlbeteiligung setzt sich auch bei dieser Wahl nicht fort. Schon 2013 war die Wahlbeteiligung leicht gestiegen, 2017 gibt es einen deutlichen Anstieg um 4,6 Punkte auf 76,2 Prozent.

Die **Unionsparteien** erzielen gemeinsam 33 Prozent der Zweitstimmen. Das bedeutet ein Minus von 8,6 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013. Die CDU verliert 7,4 Punkte und kommt auf 26,8 Prozent, während die CSU 6,2 Prozent der Zweitstimmen erzielt (-1,2 Punkte). Damit fährt die Union

ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit 1949 ein. Ein ähnlich schlechtes Ergebnis erreichte die Union 2009 (33,8 Prozent) nach der letzten Großen Koalition, als die SPD ihr bis dato schlechtestes Ergebnis einfuhr.

Auch bei den Erststimmen haben CDU und CSU Verluste zu verzeichnen. Die CDU erzielt 30,2 Prozent der Erststimmen (-7,0 Punkte), die CSU 7,0 (-1,1 Punkte).

Der aktuelle Bundestag wird durch Überhang- und Ausgleichsmandate aus 709 Abgeordneten bestehen, wovon auf die CDU 200 (-55 Sitze) und auf die CSU 46 Sitze (-10 Sitze) entfallen. Die CDU erzielt 185 Direktmandate, das sind 6 weniger als 2013. Von den 200 Sitzen der CDU sind 36 Überhang- und Ausgleichsmandate. Die CSU holt alle ihre Sitze direkt und kann im Vergleich zu 2013 ein Direktmandat hinzugewinnen. 7 der 46 CSU-Sitze sind Überhangmandate.

In den westdeutschen Ländern schneidet die Union mit 34,3 Prozent besser ab als in den ostdeutschen Ländern, in denen sie lediglich 27,7 Prozent erzielt. Trotz Verlusten von 10,5 Punkten fährt die CSU in Bayern mit 38,8 Prozent das beste Unionsergebnis in den Bundesländern ein. Die CDU erzielt ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Rheinland-Pfalz mit 35,9 Prozent, ihr schlechtestes in Berlin mit 22,7 Prozent. Auf Wahlkreisebene kann die CDU ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Cloppenburg-Vechta mit 53,1 Prozent erzielen, während sie ihr schlechtestes Zweitstimmenergebnis im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost mit 13,9 Prozent einfährt. Die größten Zweitstimmen-Verluste hat die Union in sächsischen und bayrischen Wahlkreisen. Den größten Verlust von 20,4 Punkten verzeichnet die Union im Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Ihr bestes Erststimmenergebnis erzielt die Union ebenfalls in Cloppenburg-Vechta mit 57,7 Prozent (Silvia Breher). Die CDU verliert acht Wahlkreise an die SPD, drei an die AfD und

einen an die Linke, kann aber auch acht Wahlkreise von der SPD gewinnen.

Die **SPD** wird zweitstärkste Partei, muss aber ebenfalls Verluste hinnehmen und erzielt ihr historisch schlechtestes Ergebnis mit 20,5 Prozent der Zweitstimmen. Das bedeutet ein Minus von 5,2 Punkten. Bei den Erststimmen kommt die SPD auf 24,6 Prozent (-4,8 Punkte). Damit entsendet die SPD 153 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag und verliert im Vergleich zu 2013 40 Sitze. 59 Sitze sind Direktmandate, 22 Sitze sind Überhangs- und Ausgleichsmandate.

In Westdeutschland kann die SPD ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis erzielen mit 22,0 Prozent, wohingegen sie in Ostdeutschland mit 14,6 Prozent nur viertstärkste Kraft ist. Ihr bestes Zweitstimmenergebnis erzielt die SPD in Niedersachsen mit 27,4 Prozent. Am schlechtesten schneidet sie in Sachsen ab, wo sie nur 10,5 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereint. Auf Wahlkreisebene schneidet die SPD in Aurich-Emden mit 37,8 Prozent der Zweitstimmen am besten ab. Dagegen erzielt sie in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge nur 7,8 Prozent. Die größten Verluste verzeichnet die SPD in Norddeutschland und in Nordrhein-Westfalen. In Kiel und Gelsenkirchen liegen die Verluste jeweils knapp über 10 Prozentpunkten. Ihr bestes Erststimmenergebnis holt die SPD ebenfalls in Aurich-Emden mit 49,6 Prozent (Johann Saathoff).

Nachdem die **AfD** 2013 knapp die Fünf-Prozent-Hürde verpasste, zieht sie nun erstmals in den Bundestag ein und wird drittstärkste Kraft mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen. Das entspricht einem Plus von 7,9 Prozentpunkten. Zugleich kann die AfD 11,5 Prozent der Erststimmen auf sich vereinen (+9,6 Punkte). Die AfD entsendet 94 Abgeordnete in den Bundestag, davon sind 3 Direktmandate und 11 Ausgleichsmandate. Die Direktmandate holt die AfD alle in Sachsen in den Wahlkreisen Bautzen I, Görlitz und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, wo sie mit 37,4 Prozent ihr

bestes Erststimmenergebnis einführt (Frauke Petry). Alle drei Wahlkreise wurden 2013 von der CDU gewonnen. Insgesamt schneidet die AfD in Ostdeutschland mit 20,5 Prozent deutlich besser ab als in Westdeutschland, wo sie 10,7 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereint. Ihr bestes Zweitstimmenergebnis erzielt die AfD in Sachsen, wo sie mit 27,0 Prozent knapp stärkste Partei wird (die CDU liegt mit 26,9 Prozent nahezu gleichauf mit der AfD). Das schlechteste Zweitstimmenergebnis erzielt sie in Hamburg mit 7,8 Prozent. Auf Wahlkreisebene schneidet die AfD im Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 35,5 Prozent am besten ab, am schlechtesten mit 5,1 Prozent im Wahlkreis Köln II. Die größten Zugewinne kann die AfD in den neuen Bundesländern verzeichnen, vor allem in den sächsischen Wahlkreisen. Im Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge schneidet sie nicht nur am besten ab, sondern legt auch ganze 27,6 Prozentpunkte zu. Die schwächsten Wahlkreise der AfD liegen dagegen in Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen.

Die **FDP** schafft als viertstärkste Partei mit 10,7 Prozent (+6,0 Punkte) den Wiedereinzug in den Bundestag. Zudem erzielt sie 7,0 Prozent der Erststimmen (+4,6 Punkte). Die FDP stellt damit 80 Abgeordnete im Parlament, darunter kein Direktmandat, aber 15 Ausgleichsmandate. Die FDP kann in den alten Bundesländern mit 11,5 Prozent ein besseres Zweitstimmenergebnis erzielen als in den neuen Ländern, in denen sie auf 7,9 Prozent kommt. Ihr bestes Zweitstimmenergebnis erlangt die FDP in Nordrhein-Westfalen mit 13,1 Prozent. Am schlechtesten schneidet sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 6,2 Prozent ab. Auf Ebene der Wahlkreise ist Düsseldorf I der stärkste Wahlkreis der FDP, hier kann sie 10,6 Punkte zulegen und erzielt 19,7 Prozent. Insgesamt kann die FDP in Nordrhein-Westfalen die höchsten Zuwächse verzeichnen. In den beiden Berliner Wahlkreisen Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf hingegen kommt die FDP lediglich auf jeweils 5,3 Prozent.

Die **Linke** kann leicht hinzugewinnen und wird mit 9,2 Prozent der Zweitstimmen fünftstärkste Kraft (+0,6 Punkte). Zugleich kann sie 8,6 Prozent der Erststimmen erzielen (+0,3 Punkte). Die Linke bekommt 69 Sitze im Bundestag, das sind 5 weniger als noch 2013. Unter den 69 Sitzen befinden sich 10 Ausgleichsmandate sowie 5 Direktmandate. Vier der fünf Direktmandate sind die Berliner Wahlkreise Pankow, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg, die die Linke traditionell direkt gewinnt. Das fünfte Direktmandat kann die Linke von der CDU gewinnen im Wahlkreis Leipzig II. Ihr bestes Erststimmenergebnis erzielt die Linke in Treptow-Köpenick mit 39,9 Prozent (Gregor Gysi). In Ostdeutschland wird die Linke mit 17,3 Prozent der Zweitstimmen drittstärkste Kraft, während sie in Westdeutschland nur auf 7,2 Prozent kommt. Interessant ist jedoch, dass die Linke in Ostdeutschland verloren (2013: 21,2 Prozent), in Westdeutschland dagegen hinzugewonnen hat (2013: 5,4 Prozent). In Berlin erzielt die Linke mit 18,8 Prozent der Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis, ihr schlechtestes in Bayern mit 6,1 Prozent. In den Wahlkreisen schneidet die Linke in Berlin-Lichtenberg mit 29,3 Prozent der Zweitstimmen am besten ab, im Wahlkreis Borken II mit 4,2 Prozent am schlechtesten. Die größten Verluste hat die Linke in den neuen Bundesländern zu verzeichnen, vor allem in Sachsen-Anhalt.

Die **Grünen** können ebenfalls ein leichtes Plus von 0,5 Punkten verzeichnen und kommen auf 8,9 Prozent der Zweitstimmen. Zusätzlich erzielen sie 8,0 Prozent der Erststimmen (+0,7 Punkte). Die Grünen entsenden 67 Abgeordnete in den Bundestag, das ist ein Plus von 4 Sitzen. Darunter befinden sich 10 Ausgleichsmandate sowie ein Direktmandat. Obwohl Hans-Christian Ströbele nicht wieder antrat, können die Grünen erneut den Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost direkt gewinnen (Canan Bayram, 26,3 Prozent). Ihr bestes Erststimmenergebnis erzielen die Grünen allerdings im Wahlkreis Stuttgart I, wo Cem Özdemir mit 29,7 Prozent dennoch dem CDU-Kandidaten Stefan Kaufmann (32,0 Prozent) unterliegt. In den alten

Bundesländern schneiden die Grünen mit 9,6 Prozent besser ab als in den neuen Bundesländern (6,0 Prozent). Ihr schlechtestes Ergebnis erzielen die Grünen in Sachsen-Anhalt, wo sie nur 3,7 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen können. In Hamburg stimmen dagegen 13,9 Prozent der Wähler für die Grünen. In den Wahlkreisen können die Grünen in Freiburg mit 21,2 Prozent die meisten Wähler für sich gewinnen, während sie im Erzgebirgskreis I mit 2,2 Prozent am schlechtesten abschneiden.

Von den kleinen Parteien kommen lediglich die **Freien Wähler** und die Partei **Die PARTEI** auf 1,0 Prozent und nehmen damit an der staatlichen Parteienfinanzierung teil. Die **NPD** kann lediglich 0,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

3. Wählerwanderungsbilanz⁴ und das Wahlverhalten⁵ in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 2017

Die **Union** kann nur geringfügig von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. 380.000 ehemalige Nichtwähler haben bei der Bundestagswahl ihr Kreuz bei CDU und CSU gemacht. Zusätzlich kann die Union 20.000 ehemalige SPD-Wähler für sich gewinnen. An alle anderen Parteien gibt die Union Wählerstimmen ab. Der größte Wählerstrom findet in Richtung FDP statt. 1.360.000 Wähler wandern von der Union zur FDP. Das ist insofern nicht erstaunlich, als dass die Union bei der Bundestagswahl 2013 über 2 Mio. Wähler von den Liberalen gewinnen konnte, von denen nun offenbar ein Teil zurückgekehrt ist. Zusätzlich verliert die Union 980.000 Wähler an die AfD. Alle anderen Verluste sind deutlich geringer: 90.000 Wähler wandern zu den Linken, 30.000 zu den Grünen.

Die **SPD** kann lediglich aus dem Nichtwählerlager Stimmen hinzugewinnen, an alle anderen Parteien gibt sie Wählerstimmen ab. Der

⁴ Infratest dimap

⁵ Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen

Zugewinn von 360.000 Stimmen ehemaliger Nichtwähler reicht bei Weitem nicht, um die Verluste an anderer Stelle auszugleichen. Die SPD verliert relativ gleichmäßig an alle Parteien: 470.000 Wähler wechseln von der SPD zur AfD, weitere 450.000 zur FDP. Auch zu den Linken wandern 430.000 ehemalige SPD-Wähler und an die Grünen verliert die SPD weitere 380.000 Stimmen.

Die **AfD** kann aus allen Lagern Stimmen hinzugewinnen. Am meisten Stimmen gewinnt sie aus dem Lager der ehemaligen Nichtwähler. 1.200.000 frühere Nichtwähler machen nun ihr Kreuz bei der AfD. Von den Parteien kommen in absoluten Zahlen die meisten Wähler von der Union: 980.000 Wähler kann die AfD von der Union gewinnen. Zusätzlich gewinnt sie 690.000 Stimmen von den sonstigen Parteien. Darüber hinaus wechseln 470.000 Wähler von der SPD zur AfD und weitere 400.000 kommen von der Linken. Von den Grünen und der FDP kommen jeweils lediglich 40.000 Wähler zur AfD. Die absoluten Zahlen sind jedoch nur bedingt aussagekräftig. Die Union als stärkste Partei verliert naturgemäß absolut die meisten Wähler. Für eine Partei wie die Linke machen 400.000 Wählerstimmen relativ gesehen jedoch einen größeren Anteil ihres Wählerpotentials aus als 980.000 Stimmen für die Union. Bezogen auf die Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft variieren die Prozentwerte leicht je nach Prozentuierungsbasis.

Werden nur die Zuströme zur AfD betrachtet, stellen die Nichtwähler die größte Gruppe. 31 Prozent der zur AfD gewechselten Wähler haben 2013 nicht an der Wahl teilgenommen. Ein Viertel kommt von der Union und 12 Prozent von der SPD. Weitere 10 Prozent haben 2013 die Linke gewählt, während 18 Prozent für sonstige Parteien gestimmt haben.

Etwas anders sieht es aus, wenn man nicht nur die Zuströme, sondern die gesamte Wählerschaft der AfD betrachtet. Auch hier machen die ehemaligen Nichtwähler mit 35 Prozent den größten Anteil aus. Die

zweitgrößte Gruppe sind nun aber die AfD-Wähler von 2013. 24 Prozent der jetzigen AfD-Wähler haben auch schon bei der Bundestagswahl 2013 für die AfD gestimmt. Ein gutes Fünftel der AfD-Wähler kommt von der Union, während 10 Prozent von der SPD und 6 Prozent von der Linken kommen (Forschungsgruppe Wahlen).

Die **FDP** verliert nur leicht (-40.000) an die AfD, von allen anderen Parteien kann sie Wähler hinzugewinnen. Am meisten Stimmen bekommt sie von der Union. 1.360.000 ehemalige Unionswähler geben ihre Stimme den Liberalen. Weitere 700.000 Wähler der FDP sind 2013 der Wahl fern geblieben, während 450.000 Wähler von der SPD zur FDP gewechselt sind. Zusätzlich bekommt die FDP 140.000 Stimmen von den sonstigen Parteien und 110.000 von den Grünen. Von der Linken wechseln lediglich 60.000 Wähler zur FDP.

Die **Linke** gewinnt am meisten Stimmen von der SPD. 430.000 ehemalige SPD-Wähler stimmen nun für die Linke. Zusätzlich kann die Linke 270.000 ehemalige Nichtwähler für sich gewinnen. Auch von den Grünen wechseln 170.000 Wähler zur Linken, von der Union kommen weitere 90.000. Verluste verzeichnet die Linke dagegen in Richtung AfD und FDP. 400.000 Wähler wandern von der Linken zur AfD, 60.000 zur FDP.

Die **Grünen** gewinnen ebenfalls die meisten Stimmen von der SPD, von der 380.000 Wähler zu den Grünen wechseln. Zudem machen 230.000 ehemalige Nichtwähler ihr Kreuz bei den Grünen, 30.000 Wähler können die Grünen von der Union gewinnen. An alle anderen Parteien geben die Grünen Wähler ab: an die Linke 170.000 Stimmen, an die FDP 110.000 Stimmen und 40.000 Stimmen an die AfD.

Beim Wahlverhalten in sozialen Gruppen zeigen sich nur wenige Überraschungen. Generell folgt das Wahlverhalten auch bei dieser Wahl den langfristigen Trends. Trotzdem erklärt die Sozialstruktur nur noch

einen kleinen Teil des Wahlverhaltens. Daher konzentriert sich die Darstellung auf Befunde, die sich sowohl in den Daten von Infratest dimap als auch der Forschungsgruppe Wahlen finden.

Die Union verliert überdurchschnittlich bei den Wählern mittleren Alters und hier vor allem bei den Männern. Zusätzlich verzeichnet sie bei den Selbstständigen überdurchschnittliche Verluste. Ansonsten zeigen sich die bekannten Muster: die Union schneidet umso besser ab, je älter die Wähler sind und Katholiken stimmen häufiger für die Union als Konfessionslose.

Die SPD verliert relativ gleichmäßig über alle sozialen Gruppen hinweg. Nach wie vor schneidet sie unter Gewerkschaftsmitgliedern und Wählern mit niedriger Bildung besser ab.

Die AfD schneidet unter Männern, Wählern mittleren Alters mit niedriger bis mittlerer Bildung überdurchschnittlich ab. In diesen Gruppen verzeichnet sie auch die meisten Zuwächse. Zudem kann sie bei Arbeitern und Arbeitslosen überdurchschnittlich hinzugewinnen. In diesen beiden Gruppen verliert die Linke entgegen ihres Gesamttrends an Stimmen.

Die Grünen verzeichnen unter den über 60-Jährigen unterdurchschnittliche Ergebnisse und werden eher von Wählern mit hoher formaler Bildung gewählt.

Die FDP kann in allen Gruppen hinzugewinnen und wird überdurchschnittlich von Selbstständigen gewählt.

4. Das Meinungsklima im Vorfeld der Wahl

Auch wenn in der medialen Diskussion vor der Wahl viel von der wachsenden gesellschaftlichen Kluft gesprochen wurde und das Bild einer gespaltenen, verängstigten, verunsicherten und unzufriedenen Gesellschaft gezeichnet wurde: Die medial vermittelte und die gemessene Stimmung in der Bevölkerung vor der Wahl weichen deutlich voneinander ab. Eine repräsentative Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung⁶, die Anfang 2017 durchgeführt wurde, zeigt, dass die Deutschen im Vorfeld der Bundestagswahl zufrieden sind und nicht pessimistisch. Nur in einem kleinen abgegrenzten Wählerpotential dominiert die Angst. Dieses Wählermilieu ist von allen anderen Parteianhängerschaften scharf abgegrenzt.

In den Umfragedaten zeichnen sich die größten Unterschiede in den Zufriedenheits- und Angstwerten zwischen Union und AfD ab. Ihre Wählerschaften sind wie Antipoden. Einerseits eine zuversichtliche Unionsanhängerschaft, andererseits eine verunsicherte AfD-Anhängerschaft. Die AfD-Anhänger weisen – wenn überhaupt – Ähnlichkeiten mit der Linken auf.

Die grundsätzlichen Einstellungen im Wahljahr zeichnen sich durch Optimismus und Zufriedenheit aus. 84 Prozent stimmen der Aussage zu „Alles in allem geht es mir gut“. 81 Prozent stimmen der Aussage zu „In Deutschland kann man gut leben“. Eine andere Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema sozialer Aufstieg ergab, dass 33 Prozent in den nächsten zehn Jahren sogar eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erwarten, weitere 49 Prozent erwarten keine starken Veränderungen und gerade einmal 12 Prozent befürchten eine

⁶ Vgl. Sabine Pokorny, 2017, Vertrauen, Zufriedenheit, Zuversicht. Politische Einstellungen in Deutschland 2017 – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Analysen und Argumente, Ausgabe 267, Sankt Augustin/Berlin.

Verschlechterung⁷. Wie Umfragedaten anderer Institute zeigen, befindet sich auch die wirtschaftliche Zufriedenheit auf einem hohen Niveau. 81 Prozent halten die wirtschaftliche Lage in Deutschland für gut oder sehr gut und 78 Prozent bewerten ihre eigene wirtschaftliche Lage als (sehr) gut⁸.

Dabei ist den Deutschen aber die Fürsorge für Schwächere von großer Bedeutung. „Wir dürfen die, denen es in Deutschland schlechter geht, nicht vergessen“ ist die Grundstimmung, der 91 Prozent zustimmen. Auch wenn es den Deutschen in ihrer Beurteilung gut geht, zeigen sie gleichzeitig Mitgefühl.

Dennoch zeigen sich auch einige kritische Aspekte. Jeweils etwa ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, man könne nicht mehr sagen, was man eigentlich denkt, und stimmt der Aussage zu, dass Politiker an „Leute wie mich“ nicht denken würden.

Die Anhänger der AfD und der Linken zählen bei allen Fragen zu denen, bei denen sich negative Einstellungen am häufigsten zeigen. Diese Tendenz ist bei den Anhängern der AfD noch deutlich ausgeprägter als bei den Wählern der Linken.

Vor allem apokalyptische Szenarien finden dort Zuspruch: So stimmen 88 Prozent der AfD-Anhänger der Aussage zu „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“. In der Anhängerschaft der Grünen sagen dies 12 und in der Anhängerschaft der Union 15 Prozent. Auch Angst findet in der AfD-Anhängerschaft große Verbreitung: 77 Prozent sind der Ansicht: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird“. Von den Anhängern der Union teilen 26 Prozent diese diffuse Zukunftsangst. In fast allen Einstellungen steht

⁷ Vgl. Sabine Pokorny, 2017, Gesundheit und Familie vor Arbeit und Einkommen – Studie zum sozialen Aufstieg in Deutschland. Analysen & Argumente, Ausgabe 247, Sankt Augustin/Berlin.

⁸ Vgl. Infratest dimap: DeutschlandTREND Mai 2017 sowie September 2017.

sich die Anhängerschaft der AfD und der Union wie Antipoden gegenüber. Optimismus und Zukunftszuversicht auf der einen, Angst und Untergangsszenarien auf der anderen Seite. Die Anhängerschaften der anderen Parteien liegen meistens zwischen den Polen. Eine Umfrage von Infratest dimap bestätigt das: Insgesamt fühlen sich drei Viertel der Bürger trotz Terrorgefahr sicher in Deutschland. Unter den AfD-Anhängern sagt das jedoch nur ein Drittel⁹.

In einer offenen Frage an alle Befragte nach dem, was Deutschland ausmacht, landen die Demokratie und deren Freiheitsrechte sowie die soziale Absicherung ganz oben. Aber auch Sicherheit und Frieden werden überraschend häufig genannt. Auch Vielfalt, Toleranz und Solidarität ist den Befragten sehr wichtig.

Bei den wichtigsten persönlichen Themen liegt die Gesundheit vorn, gefolgt von den eigenen Kindern und der Familie. Damit liegen die privaten Bereiche bei den persönlich wichtigsten Themen auf den Top-Plätzen. Unter den Top-Fünf-Antworten finden sich aber auch drei politische Themenbereiche, die die Menschen so sehr beschäftigen, dass sie ihnen selbst dann einfallen, wenn sie ohne Antwortvorgabe nach Themen gefragt werden, die für sie persönlich wichtig sind: Flüchtlingspolitik/Willkommenskultur/Integration, (Innere) Sicherheit/Angst vor Terror, Frieden/Angst vor Krieg.

Für die Zukunft Deutschlands spielen in den Augen der Befragten ganz ähnliche Themen eine Rolle. Allerdings liegt nun nicht mehr das Thema Gesundheit auf Platz eins, sondern der Themenkomplex Flüchtlingspolitik/Willkommenskultur/ Integration, gefolgt von Innere Sicherheit/Gewalt/Angst vor Gewalt und Terror. Das Thema Frieden/Angst vor Krieg liegt auf Platz drei.

⁹ Vgl. Infratest dimap: DeutschlandTREND Januar 2017.